

- Verbesserung des sozialen Sicherungsnetzes.
- 4) Ausweitung der Nachfrage der Konsumenten; Verbesserung des Lebensstandards der ländlichen und städtischen Bevölkerung.
 - 5) Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik und der vorsichtigen Geldpolitik.
 - 6) Beschleunigung der wirtschaftlichen Restrukturierung; Verbesserung des ordnungspolitischen Rahmens der Marktwirtschaft.
 - 7) Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik hinsichtlich Außenhandel und ausländischen Direktinvestitionen.
 - 8) Berücksichtigung der Gesamtsituation bei Entscheidungen im sozialen Bereich. Kontinuität der gesamtwirtschaftlichen Politik, um ein stetiges Wirtschaftswachstum im Jahre 2004 zu erreichen.

In den Berichten zur Konferenz wird darauf verwiesen, dass die Wirtschaft sich im oberen Bereich des ökonomischen Zyklus befinde und es erforderlich sei, die Kontinuität und Stabilität der makroökonomischen Politik aufrechtzuerhalten, um das Vertrauen und die Stabilität der Gesamtsituation zu fördern. Zu den Maßnahmen hierfür zählt u.a. die weitere Stimulierung der Inlandsnachfrage, die Verbesserung der Steuereinzahlung bei gleichzeitiger Restrukturierung der öffentlichen Ausgaben und der Sicherung ausreichender Finanzierung von Schlüsselprojekten. Mehr öffentliche Mittel als bisher sollen in die Landwirtschaft und ländliche Wirtschaft insgesamt fließen, aber auch in die soziale Entwicklung, in die Regionalentwicklung Westchinas sowie in die Revitalisierung der alten Industriebasis in Nordostchina. Weitere Sektoren, die mehr öffentliche Mittel erhalten sollen, sind der Umweltschutz, die Wiederbeschäftigungsprogramme, die soziale Sicherung und staatliche Schlüsselprojekte. Die Ziele sollen durch den geeigneten Einsatz bestimmter wirtschaftspolitischer Instrumente im Rahmen der Geld-, Fiskal- und Industriepolitik realisiert werden. (XNA, 30.11.03; AWSJ, 30.11.03)

Das hohe Wachstum der Investitionen und der Kredite sowie die Zunahme der Inflation werden von der Re-

gierung als Zeichen einer drohenden Überhitzung interpretiert. Im November 2003 waren die Verbraucherpreise um 3% (gegenüber 1,8% Preisanstieg im Oktober) gestiegen; die Zunahme der Investitionen und der Bankkredite in den ersten elf Monaten hatte bei 29,6% und 20% gelegen. Der Industrieoutput erhöhte sich im November 2003 um 18% gegenüber dem Vorjahresmonat. Das schnelle Wachstum hat die Energienachfrage und die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen in die Höhe getrieben, zu Energieknappheit und in einigen Fällen zu Stromabschaltungen geführt. (FT, 14.12.03; AWSJ, 15., 22.12.03; IHT, 17.12.03)

Ende Dezember kündigte die Regierung Maßnahmen zur Beschränkung der Investitions- und Kreditentwicklung sowie eine Erhöhung der Energiepreise an. Um die Energienachfrage etwas einzudämmen, will der Staatsrat den Marktzugang für bestimmte Unternehmen beschränken. (AWSJ, 29.12.03) Nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur soll auch die Genehmigung von Projekten verlangsamt werden. Die Banken wurden bereits im September angewiesen, die Mindestreserve zu erhöhen, und sollen jetzt auch Kredite für den Bau von Luxuswohnungen und Geschäftskomplexen einschränken. (AWSJ, 25.12.03) Wie im Einzelnen die Restriktionen ausfallen, ist noch nicht klar, doch sollen auch gesetzliche Vorschriften für die Flächennutzung und strengere Vorgaben für die Kreditvergabe dazu zählen. (NfA, 15.12.03) -schü-

SVR Hongkong

29 Regierungschef Tung Chee-hwa besucht Beijing

Der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa traf am 3. Dezember in Beijing mit Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zu Gesprächen über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in der Sonderverwaltungsregion zusammen. Die Visite Tungs war geprägt von der verheerenden Niederlage der regierungsnahen Kräfte bei der

Wahl zu den Bezirksräten Ende November, die die angespannte politische Situation in Hongkong verschärft sowie die öffentlichen Forderungen nach demokratischen Reformen weiter verstärkt hat (vgl. C.a., 2003/11, Ü 22). Es war der zweite Besuch von Tung in Beijing seit den Massenprotesten im Sommer des Jahres gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung der Regierung (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29, Ü 30).

Staats- und Parteichef Hu Jintao lobte bei einer Unterredung mit Tung dessen Einsatz für die Verbesserung der sozialen Stabilität, dem Wohlergehen der Bevölkerung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung in Hongkong. Hu sicherte dem umstrittenen Regierungschef die feste Unterstützung der Zentralregierung zu. Er betonte jedoch, dass Beijing die Entwicklungen in Hongkong weiterhin genau beobachten werde. Darüber hinaus mahnte er, dass politische Reformen in der Sonderverwaltungsregion „ordnungsgemäß“ und im Einklang mit dem Grundgesetz Hongkongs, dem *Basic Law*, vollzogen werden müssten.

Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge soll Hu Jintao dem Regierungschef aber auch nahe gelegt haben, mehr auf die Meinung der Öffentlichkeit zu hören. Diese Bemerkung von Hu wurde von einigen politischen Kommentatoren und demokratischen Kräften dahingehend gedeutet, dass Beijing die Forderungen der Hongkonger nach mehr Demokratie verstehe und Diskussionen darüber zumindest zustimme. Sie zeige aber auch die eigentliche Unzufriedenheit der Zentralregierung mit der Administration Tung.

Für das demokratische Lager in Hongkong gab die Äußerung von Hu weiteren Anstoß für die Fortführung einer breit angelegten Debatte über politische Reformen. Gefordert wird in erster Linie die Einführung allgemeiner Wahlen für das Amt des Regierungschefs sowie für alle Abgeordneten der Legislativversammlung. Gemäß des *Basic Law* ist eine Änderung der Wahlverfahren bis zum Jahre 2007 möglich.

Die Warnung aus Beijing, mit einer solchen Debatte über Verfassungsänderungen nicht zu weit zu gehen, folgte

allerdings kurze Zeit später. Die Hongkonger Ausgabe der *China Daily* zitierte vier festländische Rechtsexperten, die darauf hinwiesen, dass jegliche Änderungen hinsichtlich der Wahlverfahren laut *Basic Law* vom Nationalen Volkskongress in Beijing gebilligt werden müssen. Einige Hongkonger seien anscheinend einem Missverständnis erlegen, so die Rechtsexperten weiter, dass sie glaubten, die Änderungen des politischen Systems seien eine rein innere Angelegenheit der Sonderverwaltungsregion.

Experten zufolge signalisieren diese jüngsten Botschaften aus Beijing deutlich das Missfallen, aber auch die Besorgnis der Zentralregierung über die anwachsende Demokratiebewegung in der Sonderverwaltungsregion. Die parteistaatliche Führung in Beijing befürchte, die Kontrolle über Hongkong zu verlieren, wenn sie einer gänzlichen Demokratisierung des Systems zustimme.

Unterdessen gab die Regierung Tung Mitte Dezember bekannt, dass sie erst im Januar 2004 – anstatt wie ursprünglich geplant bereits Ende des Jahres 2003 – einen Zeitplan für öffentliche Konsultationen über Verfassungsänderungen verkünden werde. Des Weiteren ließ Tung verlauten, dass noch nicht entschieden worden sei, ob auch Experten vom Festland für die Debatten eingeladen werden. Unter anderem hatte sich der neue Vorsitzende der Demokratischen Allianz für die Verbesserung Hongkongs, Ma Lik, dafür ausgesprochen, Beijing möglichst früh in den Konsultationsprozess einzubeziehen. Im demokratischen Lager hat dieser Vorschlag sowie auch der Aufschub für die Bekanntmachung des Zeitplans scharfe Kritik hervorgerufen. Die Abgeordnete Emily Lau (Frontier Party) sprach sich gegen die Anregung von Ma aus und forderte, es müsse erst den Menschen in Hongkong die Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern.

Der Unmut über den Regierungschef wuchs Ende Dezember weiter an, als bekannt wurde, dass Tung trotz massiver Proteste des oppositionellen Lagers und breiter Teile der Bevölkerung die ihm gesetzlich maximal erlaubte Anzahl von 102 Abgeordneten für die Bezirksräte ernannt hatte. Unter ihnen befinden sich vor allem ern-

gierungsnahe Geschäftsleute und andere Professionals. Abgesehen von den 400 Delegierten, die bereits im letzten Monat durch allgemeine Wahlen ermittelt wurden, hat der Regierungschef das Recht, bis zu 102 Abgeordnete zu ernennen. Es liegt jedoch im Ermessen des Regierungschefs, weniger oder auch gar keine weiteren Delegierten zu nominieren. Das demokratische Lager, das als klarer Sieger aus der Wahl Ende November hervorgehen konnte, sieht in der Praxis der Ernennungen eine Verzerrung der Wahlergebnisse und forderte den Regierungschef wiederholt auf, darauf zu verzichten. In im Dezember durchgeführten Meinungsumfragen sprach sich auch ein Großteil der Hongkonger gegen das System der Ernennungen aus.

Für den Neujahrstag wird ein von den demokratischen Gruppierungen Hongkongs organisierter Protestmarsch erwartet. Schätzungen zufolge werden Tausende Hongkonger teilnehmen, um ihrer Unzufriedenheit mit der Administration Tung und ihren Forderungen nach demokratischen Reformen Ausdruck zu verleihen. (XNA, 3.12.03; SCMP, 4., 9., 16., 23., 29.12.03, nach BBC PF 17., 24., 30.12.03; ST, 5., 6.12.03; FT, 18.12.03; RTHK Radio, 27.12.03, nach BBC PF 28.12.03; IHT, 30.12.03) -bk-

30 Englischprüfungen für Lehrer

Im Jahre 2001 hat Hongkong Sprachprüfungen für Lehrer eingeführt, um die Qualität des Englisch- und Mandarinunterrichts zu gewährleisten (vgl. C.a., 2001/6, Ü 36). Ein großer Teil der Lehrer lehnte damals die Prüfungen ab, doch wie nötig diese sind, hat sich bei den Englischprüfungen vom September 2003 erwiesen. Fast 70 Prozent der 1.930 Lehrer, die sich beteiligten, schafften die schriftliche Prüfung nicht. Auch die mündliche Englischprüfung bestand etwa die Hälfte der Teilnehmer nicht. Von diesen waren 1.350 Grundschul- und 580 Sekundarschullehrer. Nur 20 Prozent der Grundschullehrer waren bei der schriftlichen Prüfung erfolgreich, bei den Sekundarschullehrern waren es immerhin 55 Prozent. (WSJ, 19.12.03)

In Hongkong hat man sich lange der Illusion hingegeben, dass die Mehr-

zahl der Bewohner zweisprachig sei, und die Beherrschung des Englischen als Standortvorteil begriffen. Eine der ersten Maßnahmen, die die Hongkonger Regierung nach dem Ende der britischen Kolonialverwaltung im Zuge der Bildungsreform vornahm, war die Einführung des muttersprachigen Unterrichts, die gegen großen Widerstand durchgesetzt wurde. Als Folge davon wurden die englischsprachigen Schulen einer Prüfung unterzogen, sodass nur noch solche Schulen, die die Voraussetzungen erfüllten, den Unterricht auf Englisch erteilen durften. Kritiker hatten seit langem die schlechte Qualität des Unterrichts in englischer Sprache an den meisten Schulen und die unzureichende Sprachkompetenz der Englischlehrer bemängelt. Bei schlechten Englischlehrern aber kann es auch mit den Englischkenntnissen der Schüler nicht weit her sein. Will Hongkong seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Singapur und Festlandchina erhalten, muss es seine Sprachkompetenz im Englischen ebenso wie in Mandarin verbessern. -st-

31 Archäologische Funde

Hongkong wird gemeinhin als moderne Wirtschaftsmetropole begriffen und im Allgemeinen nicht als altes Kulturland wahrgenommen; schon gar nicht wird es mit archäologischen Ausgrabungen in Verbindung gebracht. Tatsächlich aber wurden in Hongkong seit Errichtung des Amtes für Denkmalschutz im Jahre 1976 bereits 220 archäologische Fundstätten identifiziert. Die spektakulärsten Funde wurden bei Grabungen zwischen Oktober 2001 und September 2002 entdeckt und jetzt bekannt. Dabei wurde in Sai Kung die umfassendste frühe Siedlung in Hongkongs Archäologiegeschichte ausgegraben. Sie vermittelt ein relativ vollständiges Bild von der gesellschaftlichen Entwicklung in der Gegend des Perlflussdeltas. Die Siedlung reicht über 4000 Jahre zurück. Zu den am Grabungsplatz Sha Ha entdeckten Funden zählen Steinwerkzeuge, Keramik, Schneidewerkzeuge und Gräber. Die Archäologen glauben, dass sich anhand der Ausgrabungen eine genauere Chronologie der historischen Entwicklung aufstellen lässt, doch wird dies längere Zeit

in Anspruch nehmen. Ein kompletter Fundbericht wird frühestens in einem Jahr vorliegen.

Die Ausgrabungen der 3.000 qm umfassenden Stätte wurden vom Amt für Denkmalschutz unter Leitung von vier archäologischen Teams aus Festlandchina durchgeführt, je einem Team aus Shaanxi, Hebei, Henan und Guangdong. Der Leiter des Guangdonger Teams, der Vizedirektor des Instituts für Kulturgüter und Archäologie in Guangzhou, berichtete, dass sein Team etwa 600 Steinwerkzeuge und 700 rekonstruierte Keramikgefäße gefunden habe. Als die bedeutendsten Artefakte nannte er eine aus dem Neolithikum (2500-1500 v.Chr.) stammende Produktionsstätte für Steinwerkzeug, Gräber aus der Xia- und Shang-Dynastie (2000-1027 v.Chr.), Keramikgefäße aus der Frühling-und-Herbst-Periode und der Periode der Streitenden Reiche (770-221 v.Chr.) sowie Abfallgruben aus der Song-Dynastie (420-478 n.Chr.). Insgesamt wurden neun Gräber mit Grabbeigaben entdeckt, aber keine Skelette. (SCMP, 22.12.03) Die Funde stellen ein wichtiges Kettenglied in der Entwicklungsgeschichte des südlichen Guangdong dar. -st-

SVR Macau

32 Rosige Aussichten für die SVR Macau am 4. Jahrestag ihrer Gründung

Macau feierte am 19. Dezember den 4. Jahrestag der Gründung der Sonderverwaltungsregion (SVR). Regierungschef Edmund Ho beginnt das letzte Jahr seiner fünfjährigen Amtszeit, wird aber sicher demnächst seine Kandidatur für eine zweite Amtsperiode bekannt geben und ebenso sicher von dem 300-köpfigen Wahlkomitee wieder gewählt werden. Edmund Ho dürfte zu den Regierungschefs der Welt mit der höchsten Zustimmungsrates der Bevölkerung zählen, doch erst seinem Nachfolger kann es nach dem Macau Basic Law 2009 vergönnt sein, direkt gewählt zu werden. Beim Empfang im Macau Tower, dem höchsten Gebäude der SVRM,

pries der Regierungschef im Rückblick auf die vier Jahre das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ als „Säule unserer Gesellschaft und unseren einzigen Weg zum Erfolg“. Die Bevölkerung habe in dieser Zeit, in der sich Herausforderungen und Möglichkeiten abgewechselt hätten, wertvolle Erfahrungen sammeln können. „Wir wurden weder während des früheren wirtschaftlichen Rückgangs vom Pessimismus erdrückt, noch wurden wir während des jüngsten Aufschwungs vom Optimismus fortgetragen.“

Das Jahr 2004, das „Jahr des Affen“, verspricht einiges für Macau: die Umsetzung des Abkommens über engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Festlandchina und Macau (Mainland-Macau Closer Economic Partnership Arrangement, CEPA), den Start der grenzüberschreitenden Exportverarbeitungszone zwischen Macau und Zhuhai, die Vertiefung der erleichterten Reisepolitik (Facilitated Individual Travel Policy, FIT) für Bewohner Festlandschinas bei Touren nach Macau und Hongkong und die Eröffnung von zwei Kasinos durch zwei ausländische Kasinobetreiber. Für die Wirtschaft wird für 2004 ein Wachstum von über 9%, wie im Jahr 2003, erwartet. Im 3. Quartal 2003 konnte ein Rekordwachstum von 24,6% verzeichnet werden. Die Wirtschaft konnte sich in diesem Zeitraum dank der starken Einkommenszunahme aus der Glücksspiel- und Tourismusindustrie (ein Plus von 43 bzw. 8,6% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum) während der Sommerreisezeit schnell erholen. Bauinvestitionen, die doppelt so hoch waren wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres, waren ein weiterer Grund für das Wachstum des BIP im 3. Quartal. Ferner sank die Arbeitslosenquote im November auf 5,9%, der niedrigste Stand seit April 1999.

Der Finanzüberschuss der Regierung war im Jahr 2003 mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2002. Ende November betrug er 3,9 Mrd. MPtc (ca. 488 Mio. US\$) (2002: 1,7 Mrd. MPtc = 212,5 Mio. US\$). Die Gesamteinnahmen der Regierung erreichten zu dem Zeitpunkt 12,9 Mrd. MPtc (1,6 Mrd. US\$), die laufenden Einnahmen 12,7 Mrd. MPtc (1,588 Mrd. US\$). Die Gesamtausgaben betragen 9 Mrd. MPtc (1,125 Mrd. US\$), laufende Aus-

gaben 7,3 Mrd. MPtc (912,5 Mio. US\$). Die gestiegenen Einnahmen resultieren aus dem immensen Steuerzuwachs aus der Glücksspielindustrie: Ende November beliefen sie sich auf 9,1 Mrd. MPtc (1,14 Mrd. US\$), ein Zuwachs um 30,3% im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum.

Bai Zhijian, Direktor des Verbindungsbüros der Zentralen Volksregierung in Macau, prognostizierte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua, dass in den nächsten Jahren über 30 Mrd. MPtc (3,8 Mrd. US\$) an Investitionen in die SVR Macau fließen würden.

Die Touristenzahl überstieg im Jahr 2003 11,9 Mio., das waren 3% mehr als im Jahr 2002, und dies trotz des Einbruchs durch die SARS-Epidemie. Die Touristen gaben während ihres Besuches 30 Mrd. MPtc (3,75 Mrd. US\$) aus. Die Zahl der Touristen vom chinesischen Festland nahm um 36% zu, 48% der gesamten Touristen kamen von dort. Das Wachstum ist auf die Erleichterung für Individualreisen vom Festland nach Hongkong und Macau zurückzuführen. 14 Städte in der Provinz Guangdong sowie Beijing und Shanghai praktizieren diese Politik. Dank der FIT-Politik, die am 28. Juli in Kraft getreten ist, sind seitdem über 600.000 Individualtouristen nach Macau gekommen. Zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Tourismusstellen in Macau und auf dem Festland wurde im Dezember das Abkommen über engere Zusammenarbeit im Tourismus zwischen Festlandchina und Macau unterzeichnet. Wenn der Tourismus weiter boomt, wird Macaus Fassungsvermögen in drei bis vier Jahren sein Limit erreichen, so die Einschätzung des Macau-Instituts für Tourismusstudien, die die Berechnungen im Auftrag des Ministeriums für soziale und kulturelle Angelegenheiten anstellte. Macaus Aufnahmekapazität liegt bei etwa 43.000 Besuchern pro Tag oder 15,7 Mio. im Jahr. Macaus Hotels können zurzeit 13.647 Gäste pro Tag aufnehmen.

Bei der UNESCO wird Macau einen Antrag auf die Aufnahme von zwölf historischen Stätten in die Liste des Weltkulturerbes im Jahr 2005 stellen.

Macaus Internationaler Flughafen schlug im Jahr 2003 141.223 t Fracht-